

Greenpeace drängt Österreich: Klare Maßnahmen für Meereschutz nötig!

Greenpeace fordert Österreich zum Meeresschutz auf. Anlass ist der Welttag der Ozeane und die bevorstehende UN-Ozeankonferenz.



Nizza, Frankreich - Am heutigen Welttag der Ozeane, dem 7. Juni 2025, ruft Greenpeace die österreichische Bundesregierung eindringlich dazu auf, ein klares Bekenntnis zum Schutz der Meere abzugeben. Ein aktueller Bericht von Greenpeace, der sich mit dem besorgniserregenden Zustand der Weltmeere auseinandersetzt, weist auf die Dringlichkeit von Maßnahmen hin. Derzeit findet vom 9. bis 13. Juni die UN-Ozeankonferenz in Nizza statt, die im Fokus ein globales Hochseeschutzabkommen hat, das noch auf die ratifizierte Zustimmung weiterer Staaten wartet.

Um in Kraft treten zu können, benötigt das Hochseeschutzabkommen insgesamt 60 Ratifizierungen. Bisher

haben 31 Staaten das Abkommen bereits ratifiziert. Greenpeace fordert die österreichische Regierung auf, ebenfalls ihren Beitrag zu leisten und das Abkommen zu ratifizieren. Dieses internationale Abkommen zielt darauf ab, bedrohte Arten sowie Lebensräume jenseits nationaler Grenzen zu schützen und könnte als bedeutender Meilenstein für den Meeresschutz seit der Verabschiedung des Abkommens im Jahr 2023 gelten.

Herausforderungen und Ziele im Meeresschutz

Ein im Oktober 2024 veröffentlichter Greenpeace-Report zeigt, dass das ambitionierte Ziel, bis zum Jahr 2030 30 Prozent der Ozeane unter Schutz zu stellen, ohne einen wirksamen Schutz der Hochsee unerreichbar bleibt. Sollte das aktuelle Tempo weiterhin anhalten, wird das 30-Prozent-Ziel erst im Jahr 2107 erreicht werden können. Greenpeace mahnt daher eindringlich zu einem globalen Moratorium gegen den Tiefseebergbau, um empfindliche Ökosysteme zu schützen, die durch solche Maßnahmen dauerhaft geschädigt werden könnten.

Der Rückhalt für das Hochseeabkommen zeigt sich weltweit. Am 21. September 2023 unterzeichneten fast 70 Staaten einen internationalen Vertrag zum Schutz der Hochsee. Deutschland war eines der ersten Länder, das den Vertrag, welcher im Rahmen der UN-Generaldebatte in New York unterzeichnet wurde, offiziell annahm. Bundesumweltministerin Steffi Lemke und Außenministerin Annalena Baerbock hoben die historische Bedeutung dieses Tages für den Schutz der Meere hervor und verwiesen auf die Notwendigkeit gesunder Ozeane im Kampf gegen Klimakrise, Verschmutzung und Artensterben.

Der Weg zur Ratifizierung

Für die Inkraftsetzung des Abkommens ist es erforderlich, dass jedes Unterzeichnerland den Vertrag in seinem nationalen Verfahren ratifiziert. Insgesamt sind 60 Staaten nötig, um den

Vertrag in Kraft zu setzen. Dieser tritt dann 120 Tage nach der Hinterlegung der 60. Ratifikationsurkunde in Kraft. Die Bundesregierung plant eine zügige Ratifizierung des Abkommens. Als Teil der internationalen Gemeinschaft zielten die Staaten darauf ab, bis 2030 30 Prozent der Meere in Schutzgebiete umzuwandeln.

Das Hochseeabkommen legt die Grundlagen für große Schutzgebiete und die Prüfung der Umweltverträglichkeit wirtschaftlicher Projekte. Die Festlegung von Schutzgebieten kann mit einer Dreiviertelmehrheit der Mitgliedstaaten beschlossen werden. Während China und Russland anfangs einstimmige Entscheidungen forderten, wurde ein Mechanismus für Ausgleichszahlungen an ärmere Länder vereinbart, um eine gerechte Verteilung möglicher Gewinne aus wirtschaftlichen Aktivitäten zu gewährleisten.

Greenpeace hofft zusätzlich, dass das Hochseeabkommen bis zur UN-Meereskonferenz 2025 in Frankreich in Kraft tritt. Die Herausforderungen im Bereich des Meeresschutzes sind groß, die Zeit drängt, und die internationalen Vereinbarungen bieten eine Chance, zukünftige Generationen mit intakten, geschützten Ozeanen zu versorgen.

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie unter **OTS**, **BMUV** und **Tagesschau**.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ort	Nizza, Frankreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.bmu.de• www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at